

NEWSLETTER 03 – 2026

Liebe Mitglieder,

kurz vor Weihnachten überreichte das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) die **Ergebnisse des Projekts „Umsetzungsbegleitung KJSG: Umstellung der Verwaltungsstrukturen im Bereich der Eingliederungshilfe“** der Staatssekretärin Dr. Petra Bahr (CDU) vom BMBFSFJ. Dazu gehören eine **Roadmap und fünf Handreichungen**. Sie sollen Kommunen eine umfassende Unterstützung bei der Umstellung der Verwaltungsstrukturen für die Eingliederungshilfe junger Menschen bieten.

Die Pressemitteilung mit den Links zu den Dokumenten sehen Sie [hier](#).

Hintergrund ist das Ziel der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe. Das zur Umsetzung erforderliche Bundesgesetz gibt es derzeit noch nicht.

In der letzten Legislatur war der Gesetzentwurf zum Kinder- und Jugendhilfeinklusionsgesetz (IKJHG) nicht mehr verabschiedet worden. Die aktuelle Koalition verfolgt das Ziel der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe durch Reduzierung der Schnittstellen weiter und wollte laut Koalitionsvertrag (S. 101, Z. 3214 ff.) zeitnah beginnen, gemeinsam mit Ländern und Kommunen unter Einbeziehung des umfangreichen Beteiligungsprozesses eine für sie umsetzbare Lösung zu erarbeiten.

Ziel der inklusiven Lösung ist, dass die Zuständigkeit für Leistungen der Eingliederungshilfe (EGH) für junge Menschen mit (drohender) Behinderung vollständig auf die Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe (KJH) übergeht. Derzeit gilt die Zuständigkeit der KJH lediglich für Kinder und Jugendliche mit (drohender) seelischer Behinderung, im Falle einer körperlichen, intellektuellen oder Sinnesbehinderung sind die Sozialhilfeträger zuständig. Die Jugendämter wären mit Einführung der inklusiven Lösung eine einheitliche Anlaufstelle für alle jungen Menschen, unabhängig vom Bestehen einer (drohenden) Behinderung. Dies wäre ab dem 01.01.2028 möglich, sofern bis zum 01.01.2027 ein entsprechendes Bundesgesetz verkündet wurde.

DGKJP, BKJPP und BAG KJPP hatten sich stets für eine inklusive Lösung unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe eingesetzt und den o.g. Gesetzentwurf explizit begrüßt. Die gemeinsame Stellungnahme aus dem Oktober 2024 können Sie [hier](#) nachlesen.

Herzliche Grüße

Cordula Gimm

Referentin Politik der DGKJP, BKJPP, BAG KJPP